

Protokoll der Gemeindeversammlung Arlesheim

vom 18. Juni 2025 im Setzwerk, Saal

Vorsitz: Gemeindepräsident Markus Eigenmann, Gemeindepräsident

Protokoll: Fatima Salihovic, Stabsdienste

Traktanden:

- 1 – Protokoll der Gemeindeversammlung vom 28. November 2024
- 2 – Rechnung 2024
- 3 – Nachtragskredite Saalbau
- 4 – Nachtragskredit PV-Anlage Mattweg 56 (Gerenmatt 1)
- 5 – Standortförderungsreglement
- 6 – Birseckstrasse 100 / Abgabe im Baurecht
- 7 – Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement
- 8 – Bericht der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2024
- 9 – Diverses

Die Gemeindeversammlung wird musikalisch eröffnet durch ein Gitarren-Ensemble der Musikschule Arlesheim. Unter der Leitung von Fabienne Schöpfer spielen Céline Platz und Joëlle Buser die Stücke: Tango to Evora, Loreena McKennit / On écrit sur les murs, Romano Musumara / Passepied 1, Passepied 2, G.Ph. Telemann (1681-1767) / Greensleeves, englisches Volkslied / Tango für 3 Gitarren (1989), Dieter Kreidler

Gemeindepräsident Markus Eigenmann begrüsst die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur heutigen Gemeindeversammlung.

Die Medien sind vertreten durch:
Raphael Hunziker (Wochenblatt).

Für die Gemeindeversammlung entschuldigt haben sich:

- Veronika Käch
- Stefan Knobel
- Nicole Barthe
- Tanja Hauck
- Dorette Provoost

Die Sprecherinnen und Sprecher der Gemeindegemeinschaft sind:

- Thomas Arnet (Traktandum 2)
- Balz Stüchelberger (Traktandum 3)
- Fabienne Steiger (Traktandum 4)
- Flurin Leugger (Traktandum 5)
- Michael Honegger (Traktandum 6)
- Monika Kohler (Traktandum 7)
- Hannes Felchlin (Traktandum 8)

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler wurden bestimmt:

- Peter Epple (Sektor vorne rechts inkl. Gemeinderat)
- Martin Wirz (Sektor vorne links)
- Martin Jenzer (Sektor hinten links)
- Manfred Gloor (Sektor hinten rechts)

Gemeindepräsident Markus Eigenmann bittet die Nichtstimmberechtigten, im zugewiesenen Sektor ganz hinten Platz zu nehmen und sich nicht unter die Stimmberechtigten in den anderen zwei Sektoren zu mischen. Zudem begrüsst er Thomas Kübler, Leiter der Standortförderung Basel-Land. Er steht zur Verfügung, falls es Fragen an den Kanton gibt, insbesondere beim Traktandum 5.

Zudem werden noch Herr Arnold Middel, Chief People Officer bei der Straumann-Gruppe, und Heinz Thüring, Co-Projektleiter für das Umzugs- und Zusammenführungsprojekt in Arlesheim von der Straumann-Gruppe, dazu kommen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann fügt hinzu, dass die Unterlagen rechtzeitig zugestellt worden sind. Hier gilt die gesetzliche Frist von 10 Tagen vor der Gemeindeversammlung.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann weist darauf hin, dass gemäss § 53 Abs. 3 des Gemeindegesetzes Bild- und Tonaufnahmen der Zustimmung der Gemeindeversammlung bedürfen. Der Vorsitzende fragt die Versammlung an, ob sie damit einverstanden ist, dass zu Protokollzwecken Tonaufnahmen erstellt werden. Die Aufnahmen werden nach der Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Es wird einstimmig beschlossen:

://: Zu Protokollzwecken dürfen Tonaufnahmen von der Gemeindeversammlung erstellt werden.

Traktandum 1: Protokoll der Gemeindeversammlung vom 28. November 2024

Gemeindepräsident Markus Eigenmann weist darauf hin, dass das Protokoll auf der Internetseite der Gemeinde aufgeschaltet war. Er fragt die Versammlung an, ob jemand das Verlesen des Protokolls wünscht.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Es wird einstimmig beschlossen:

://: Auf das Vorlesen des Protokolls wird verzichtet.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann fragt die Versammlung an, ob es Änderungsanträge zum Protokoll gibt.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Es wird beschlossen:

://: Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 28. November 2024 einstimmig.

Traktandenliste

Gemeindepräsident Markus Eigenmann fragt die Versammlung an, ob sie mit der vorliegenden Traktandenliste einverstanden ist.

Es werden keine Wortmeldungen verlangt.

Es wird einstimmig beschlossen:

://: Die vorliegende Traktandenliste wird genehmigt.

Traktandum 2:

Rechnung 2024

Gemeinderat Peter Vetter präsentiert den Rechnungsabschluss der Gemeinde für das Jahr 2024. Das Jahresergebnis ist enttäuschend, da die Rechnung mit einem massiven Defizit von 2,7 Millionen Franken abschliesst und erheblich vom Budget abweicht. Hauptgründe dafür sind höhere Sozialausgaben in den Bereichen Altersheim, Spitex und Sozialhilfe sowie erhöhte Ausgaben im Finanzausgleich. Besonders hervorzuheben ist eine Abweichung von über einer Million Franken bei den Altersheimen aufgrund verspäteter Taxanpassungen. Auch die Lohnkosten für Lehrerinnen und Lehrer und Verwaltungspersonal lagen über dem Budget, während die Steuereinnahmen zwar ordentlich waren, aber nicht ausreichten, um die unerwartet hohen Kosten zu decken.

Positive Effekte gab es bei den Finanzerträgen durch höhere Quellensteuer-Einnahmen. Bei den Investitionen sticht das Setzwerk mit einem Aufwand von 3,055 Millionen Franken hervor, wobei eine Spende von über einer Million Franken die Ausgaben teilweise kompensiert. Die Verschuldungsentwicklung wird thematisiert: Die Verschuldung pro Kopf ist von 133 auf 1290 Franken angestiegen, und der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei minus 30%. Massnahmen zur Steuerung der Verschuldung und Verbesserung des Selbstfinanzierungsgrades werden als notwendig erkannt.

Der Gemeinderat stellt den Antrag, die Jahresrechnung 2024 mit einem Verlust von 2,7 Millionen Franken und Nettoinvestitionen von 6,07 Millionen Franken zu genehmigen. Der Verlust soll durch das Eigenkapital ausgeglichen werden.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann teilt mit, dass die Rechnungsprüfungskommission einen schriftlichen Bericht abgegeben hat und kein Votum halten wird.

Thomas Arnet von der Gemeindekommission berichtet über die zentralen Themen zur Jahresrechnung 2024. Die Mehrausgaben betreffen hauptsächlich die Bereiche Alter, Gesundheit und Soziales, wo die Gemeinde wenig Handlungsspielraum hat. Ein Rückgang dieser Ausgaben ist nicht absehbar.

Die Ausgaben für Alters- und Pflege betragen rund eine Million Franken. Die Erhöhung dieser Taxbeiträge wurde von der Versorgungsregion Alter nach der Budgetierung beschlossen. Er regt an, künftige Mehrausgaben frühzeitig ins Budget aufzunehmen, um Defizite besser vermeiden zu können. Die vom Gemeinderat gesetzten Kennzahlen werden nicht erfüllt. Das Fremdkapital steigt weiter. Frühere Ziele – wie Schulden unter 60 % der Steuereinnahmen – werden deutlich verfehlt.

Zur Frage, wie die Rechnung künftig ausgeglichen werden kann, bestehen unterschiedliche Meinungen: durch Mehreinnahmen, Ausgabenkürzungen oder eine Kombination. Klar ist, dass geplante Investitionen – etwa in die Turnhalle Domplatz und den Doppelkindergarten – die Rechnung auch in den kommenden Jahren belasten.

Er betont, der Gemeinderat und die Politik sollten sich auf ein realistisches Ziel für das Fremdkapital einigen und auf passende Massnahmen zur Haushaltskonsolidierung.

Die Steuereinnahmen der Firma Straumann reichen zur Lösung der finanziellen Probleme nicht aus. Die Gemeindekommission empfiehlt, die Rechnung 2024 gemäss Antrag des Gemeinderats zu genehmigen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann präsentiert an dieser Stelle den Parolenspiegel der Parteien.

Partei	Parolen
FDP	Ja
Frischlufft	Ja
SP	Ja
GLP	Ja
Die Mitte	Ja
SVP	Ja

Es werden Wortmeldungen verlangt.

Hugo Huber äussert Bedenken über die Schuldenentwicklung und fordert mehr Transparenz bei den Beiträgen zum Pflegeheim.

Gemeinderat Hartmut Vetter stellt klar, dass die Versorgungsregion Reinach-Aesch früher als einzige im Kanton alle zwei Jahre die Pflorgetarife anpasste. Diese Praxis wird nun auf jährliche Tarifierung umgestellt, da das frühere Vorgehen als Fehler erkannt wurde.

Er betont, dass die Kosten im Altersbereich seit Jahren absehbar steigen – besonders im ambulanten Bereich wie der Spitex. In Pflegeheimen bleiben die Kosten stabil, aber Einsparungen seien nur möglich durch neue Angebote wie betreutes Wohnen, die bisher vernachlässigt wurden.

Er warnt, dass die Kosten im Altersbereich jährlich um mindestens 5 % steigen werden. Gemeinden wie Birsfelden geraten deshalb zunehmend unter Druck. Der Kanton habe sich zurückgezogen und die Verantwortung den Gemeinden überlassen.

Die Gemeinden arbeiten nun gemeinsam an Lösungen wie Heimzusammenschlüssen und Spezialisierungen. Er fordert, dass alle Beteiligten mitziehen – sonst werde die Pflegequalität künftig nicht mehr im heutigen Umfang möglich sein.

Michael Honegger fasst die Haltung der SP zur Jahresrechnung zusammen. Die Partei hat die Rechnung an ihrer Versammlung mit einer Einführung durch den Finanzchef Peter Vetter diskutiert. Das negative Ergebnis bewertet sie als unerfreulich und nicht nachhaltig. Die Mehrkosten entstehen in Bereichen wie der Sozialhilfe, wo kurzfristig wenig Spielraum besteht. Ob diese Ausgaben im Vorfeld besser einschätzbar gewesen wären – etwa im Altersbereich – müsse im Budgetprozess geprüft werden.

Die SP kündigt an, den Budgetprozess künftig genau zu verfolgen. Investitionen wie Schulhäuser oder Kindergärten seien jedoch unumgänglich. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, man habe notwendige Projekte zu lange hinausgezögert.

Zur Finanzierung dieser Investitionen müsse auch der Steuerfuss offen diskutiert werden – ein Tabu könne man sich hier nicht leisten.

Roger Pfister betont, dass Massnahmen nötig sind, aber nicht zulasten der Steuerzahlenden. Den linksgrünen Forderungen nach Steuererhöhungen begegnet er mit Widerspruch, zeigt aber Gesprächsbereitschaft.

Er kritisiert, dass sofort nach der Rechnungspräsentation über Steuererhöhungen gesprochen wird, und fordert stattdessen eine stärkere Ausrichtung auf die Stärkung der Arbeitskraft.

Das schlechte Rechnungsergebnis nimmt er zur Kenntnis, plädiert aber für mehr Zuversicht statt ständig neuer finanzieller Belastungen.

Flurin Leugger präsentiert im Namen der Frischluft die Stellungnahme zur Jahresrechnung. Er stellt fest, dass der vom Gemeinderat angestrebte Selbstfinanzierungsgrad von 100 % über acht Jahre selbst im positiven Jahr 2023 nicht erreicht wurde. Das deute auf grundlegende Probleme im Budgetprozess hin.

Die Frischluft empfiehlt dem Gemeinderat, die Budgetplanung kritisch zu überprüfen und realistische Annahmen zu treffen. Wahrscheinliche Entwicklungen, wie etwa höhere Altersheimkosten, sollten frühzeitig im Budget berücksichtigt werden, um Defizite besser vermeiden zu können.

Johannes Felchlin erklärt, dass sich auch die FDP ausführlich mit der Rechnung beschäftigt habe und deren Genehmigung empfiehlt.

Er weist darauf hin, dass der befristet erhöhte Steuerfuss negative Abschlüsse eigentlich unbedingt verhindern müssen.

Die FDP kritisiert, dass nur rund 20 % der Kosten frei beeinflussbar sind und bezweifelt, ob diese Ausgaben im letzten Jahr streng genug kontrolliert wurden.

Zudem bemängelt sie, dass das Budget zu optimistisch und nicht vorausschauend genug geplant wurde. Dies soll im nächsten Budgetprozess verbessert werden.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Es wird beschlossen mit grossem Mehr und einer Gegenstimme:

://:

1. Die Jahresrechnung 2024 wird mit einem Verlust von 2'745'347.30 Franken und Nettoinvestitionen von 6'075'436.71 Franken genehmigt.
2. Der Verlust wird mit dem Eigenkapital verrechnet

Traktandum 3:

Nachtragskredite Saalbau

Gemeindepräsident Markus Eigenmann gibt einen Überblick zum Saalbau-Projekt, das eine lange Vorgeschichte hat und vor rund zehn Jahren konkret begann. Die Gemeinde sprach zunächst einen Planungskredit von 500'000 Franken und später zwei Kredite über insgesamt 13,3 Millionen Franken für kulturelle und Dienstleistungsflächen.

Der Gemeinderat rechnet nun mit Gesamtkosten von 16,23 Millionen Franken, was eine Überschreitung von knapp 3 Millionen Franken bedeutet. Hauptursachen sind unter anderem die Integration der Energieversorgung aufgrund einer Bauverzögerung bei der Klink Arlesheim, gestiegene Baukosten wegen Pandemie und Ukraine-Krieg sowie Projektänderungen und schwierige Verhandlungen.

Positiv vermerkt er eine Mehrwertsteuerrückerstattung von 1,1 Millionen Franken und 1,3 Millionen Franken an Drittmitteln, wodurch die Nettoüberschreitung auf 1,5 Millionen Franken sinkt.

Die Fertigstellung erfolgte im Januar 2024 und somit ein Jahr später als ursprünglich vorgesehen.

Das Gebäude bietet eine hohe Bauqualität und gute Akustik.

Der Gemeinderat beantragt zwei Nachtragskredite über 2,1 Millionen Franken für den Gemeindesaal und 800'000 Franken für Dienstleistungsflächen, wobei nicht davon ausgegangen wird, dass diese vollständig gebraucht werden.

Balz Stückelberger von der Gemeindekommission teilt mit, dass das Geschäft in zwei Sitzungen besprochen wurde. Die Gemeindekommission empfiehlt einstimmig, den Nachtragskrediten zuzustimmen. Obwohl niemand über die Notwendigkeit eines Nachtragskredits erfreut ist, findet die Kommission die Begründungen nachvollziehbar und sieht keinen anderen Weg.

Balz Stückelberger beschreibt das Projekt als ein langwieriges, 40-jähriges Vorhaben, das das Dorf beschäftigt hat und hoffentlich bereichert. Es gab Fragen zur Brutto-Netto-Darstellung, insbesondere warum das Fundraising nicht in die Rechnung einbezogen wird. Die Nettomehrbelastung beträgt 1,5 Millionen Franken, doch der Nachtragskredit liegt bei fast 3 Millionen Franken, was erklärt werden muss.

Die Kommission schlägt vor, dass die Geschäftsprüfungskommission das Geschäft prüft, um künftige Bauprojekte besser zu planen und ähnliche Situationen zu vermeiden. Die Bauteuerung lasse sich zwar nicht verhindern, aber der Ablauf könne verbessert werden.

Daher empfiehlt die Gemeindekommission einstimmig, den Nachtragskrediten zuzustimmen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann präsentiert an dieser Stelle den Parolenspiegel der Parteien.

Partei	Parolen
FDP	Ja
Frischlufft	Ja
SP	Ja
GLP	Ja
Die Mitte	Ja
SVP	Ja

Es werden Wortmeldungen verlangt.

Johannes Felchlin teilt die Meinung der FDP Arlesheim mit. Die FDP findet die Argumente des Gemeinderats nachvollziehbar, betont aber, dass für ein komplexes Bauprojekt ein professionelles Baumanagement oder entsprechende Beratungen nötig gewesen wären. Er stellt fest, dass auf dem Weg Einsparungen möglich gewesen wären und eine frühere Konsultation der Gemeindeversammlung zum Nachtragskredit angebracht gewesen wäre. Die PV-Anlage Gerenmatt zeigt für ihn, wie ein Prozess richtig ablaufen kann. Er hält das Ziehen von Lehren aus Erfahrungen für wichtig bei künftigen Bauprojekten und erwartet, dass der Gemeinderat kommuniziert, welche Schlüsse er daraus zieht. Die FDP empfiehlt die Genehmigung beider Nachtragskredite.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann erklärt, dass sich der Gemeinderat auch mit der Ausschreibung des Baumanagements beschäftigt hat. Auf Empfehlung der Jury habe man sich nach dem Wettbewerb ein professionelles Baumanagement ins Projekt geholt. Dieses sei über die Architekten als Generalplaner eingebunden gewesen, was den direkten Zugriff erschwert habe und zu Problemen geführt habe. Daraus zieht er die Lehre, dass bei künftigen Projekten die Projektorganisation neu gedacht werden müsse.

Zum zweiten Punkt sagt er, dass man laut Regelwerk die Baustelle hätte stoppen müssen, als klar wurde, dass der Kredit überschritten wird. Der Gemeinderat habe sich aber bewusst dagegen entschieden, um höhere Kosten durch einen Baustopp zu vermeiden. Man sei überzeugt gewesen, dass die Gemeindeversammlung keinen Baustopp und keine Bauruine wolle. Deshalb habe man sich entschieden, im Nachhinein einen Nachtragskredit zu beantragen. Auch daraus ziehe der Gemeinderat Lehren, wie das nächste Traktandum zeigen werde.

Thomas Arnet spricht für die Frischluft und betont zunächst, wie erfreut man darüber ist, dass der Saal nun endlich steht – ein Anliegen, das seit Jahrzehnten Thema sei. Innen empfindet er den Bau als sehr gelungen, das Äussere sei Geschmackssache. Er stellt fest, dass die Kostenüberschreitung nicht überraschend komme, da dies bei Bauprojekten häufig der Fall sei. Zwar sei das keine Ausrede, aber es wäre aus seiner Sicht naiv gewesen zu glauben, das Projekt komme ohne Nachtragskredit aus. Besonders positiv hebt er die eingegangenen Spenden hervor – etwa eine Million Franken von uptown Basel, Beiträge aus sonstigen Quellen sowie Kleinspenden in Höhe von 300'000 Franken. Die Begründungen für die Mehrkosten erscheinen ihm nachvollziehbar. Da aus seiner Sicht die nötigen Lehren gezogen wurden, empfiehlt die Frischluft die Annahme beider Nachtragskredite.

Hans Wach hebt hervor, dass das Gebäude – vor allem innen – sehr schön sei, auch wenn das Äussere unterschiedlich bewertet werde. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass dieses Projekt wesentlich zur Erhöhung der Nettoverschuldung beigetragen habe – rund 15 Millionen Franken mehr. Nun stünden zwingende Investitionen an, etwa bei Schulhäusern und Kindergärten, bei denen man nicht Nein sagen könne. Im Gegensatz dazu sei dieses Projekt eines gewesen, bei dem man sich im Nachhinein fragen müsse, ob man es sich überhaupt hätte leisten können.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Es wird mit grossem Mehr und einzelnen Gegenstimmen beschlossen:

://:

Es werden ein Nachtragskredit für den neuen Gemeindesaal in Höhe von 2'100'000 Franken sowie ein Nachtragskredit für die Dienstleistungsflächen in Höhe von 800'000 Franken genehmigt.

Traktandum 4:

Nachtragskredit PV-Anlage Mattweg 56 (Gerenmatt 1)

Gemeinderätin Lea Mani erklärt, dass es bei diesem Traktandum um einen Nachtragskredit für eine Photovoltaikanlage auf dem Flachdach des G1-Schulgebäudes geht, in dem früher die Gemeindeversammlungen stattfanden.

Während andere Gebäude bereits über PV-Anlagen im Contracting verfügen, soll diese Anlage im Eigentum der Gemeinde bleiben und selbst finanziert werden. Das Dach wurde 2023 saniert, basierend auf einem Kredit von 2021. Dabei stellte sich heraus, dass sich eine PV-Anlage auf dem G1-Bau anbietet. Die baulichen Voraussetzungen dafür sind bereits geschaffen.

Da die ursprüngliche Finanzierung keine PV-Anlage beinhaltete, reicht das Budget nicht aus. Von den Gesamtkosten für die PV-Anlage von rund 90'000 Franken sind etwa 53'000 Franken aus dem bestehenden Kredit gedeckt. Für die Umsetzung wird deshalb ein zusätzlicher Nachtragskredit von 50'000 Franken beantragt.

Fabienne Steiger von der Gemeindekommission erklärt, dass der Gemeinderat der Gemeindekommission schlüssig darlegen konnte, warum ein Nachtragskredit für die PV-Anlage notwendig ist – die Investition war im ursprünglichen Budget nicht enthalten. Etwa die Hälfte der Kosten kann noch durch den bestehenden Kredit gedeckt werden, weshalb ein Nachtragskredit von 50'000 Franken nötig ist.

Die Gemeindekommission ist einstimmig der Meinung, dass die Umsetzung der Anlage sinnvoll ist und dem Leitbild der Gemeinde entspricht, das Nachhaltigkeit betont. Sie empfiehlt die Annahme des Antrags.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann präsentiert an dieser Stelle den Parolenspiegel der Parteien.

Partei	Parolen
FDP	Ja
Frischlufte	Ja
SP	Ja
GLP	Ja
Die Mitte	Ja
SVP	Ja

Es werden Wortmeldungen verlangt.

Hans Wach hat noch eine Frage dazu. Ihm scheint der aktuell berechnete Preis relativ günstig zu sein. Er möchte wissen, ob die elektrische Anbindung bis zum Stromanschluss ebenfalls berücksichtigt ist, da diese notwendig ist, damit die Anlage funktioniert.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann ergänzt, dass Daniela Baum Leiterin Abteilung Hochbau und Anlagen anwesend ist und bestätigt, dass alles berechnet ist.

Gemeinderätin Lea Mani teilt mit, dass bereits Offerten eingeholt wurden und drei eingegangen sind. Die günstigste Offerte ist qualitativ hochstehend, und der Anschluss ist bereits enthalten.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Mit grossem Mehr und zwei Gegenstimmen wird beschlossen:

://:

Der Nachtragskredit in Höhe von 50'000 Franken zur Erweiterung des Projektumfangs und Realisation einer PV-Anlage im Jahr 2025 (Eigenfinanzierung) wird genehmigt.

Traktandum 5:

Reglement über den Standortförderungsfonds

Gemeindepräsident Markus Eigenmann stellt in seiner Präsentation das Traktandum vor, das ein Reglement über den Standortförderungsfonds betrifft. Er verweist auf das neue, noch nicht fertiggestellte Gebäude der Firma Straumann in Arlesheim und begrüsst Herrn Middel und Herrn Thüring, die nun anwesend sind und für Fragen zum Projekt oder zur Firma Straumann zur Verfügung stehen.

Er erklärt, dass das Reglement den Namen der Firma Straumann bewusst nicht enthält, da es unabhängig vom Zuzug der Firma beschlossen werden kann. Der Anlass für die Vorlage sei jedoch der glückliche Umstand, dass eine grosse Firma nach Arlesheim ziehe.

Er beschreibt die Ausgangslage: Die OECD habe eine Mindeststeuer für grosse Unternehmen eingeführt, ab einem Umsatz von 750 Millionen Franken. Die Schweiz nehme an diesem System teil, und die Firma Straumann unterliege dieser Ergänzungssteuer. Durch den Zuzug entstünden zusätzliche Steuererträge für Kanton und Gemeinde.

Er erläutert, dass sich der Kanton und die Gemeinde bemüht hätten, der Firma attraktive Rahmenbedingungen zu bieten. Als Teil davon plane der Kanton auf dem Areal von uptown Basel ein Innovationszentrum für Medizinaltechnik mit Straumann als Ankerunternehmen. Der Gemeinderat wolle sich finanziell am Innovationszentrum beteiligen – mit einem Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen.

Er stellt dar, wie sich die Steuererträge aufteilen: Ohne Ergänzungssteuer würden bei der Gemeinde nur etwa 9 % der Unternehmensgewinnsteuer verbleiben. Durch eine gezielte Steuerstrategie – etwa den Verzicht der Firma auf Forschungsabzüge – könne der Anteil der Gemeinde auf 32 % steigen. Die daraus resultierende Ergänzungssteuer sei jedoch noch nicht vollständig gesetzlich geregelt, insbesondere deren Verteilung unter den Gemeinden.

Er betont, dass die Gemeinde eine Lösung anstrebe, bei der ein Teil der zusätzlichen Einnahmen in den allgemeinen Haushalt fliesst, der andere Teil aber zweckgebunden in den geplanten Standortförderungsfonds überführt wird.

Dieser Fonds solle für Massnahmen zur Förderung der Standortattraktivität eingesetzt werden – etwa für das geplante Innovationszentrum.

Er erläutert den Inhalt des Reglements: Es enthält fünf Paragraphen, unter anderem zur Zweckbindung, Buchführung, Verzinsung und zur Entscheidungskompetenz. Der Gemeinderat solle über die Verwendung der Fondsmittel entscheiden, sich dabei aber von einer neu zusammengesetzten Kommission für Standortfragen beraten lassen. Vereinbarungen mit Dritten, etwa zur Finanzierung, seien möglich, jedoch zeitlich auf vier Jahre begrenzt – analog zum kantonalen Vorgehen.

Er betont, dass durch diese Lösung sichergestellt sei, dass nur ausgegeben werde, was tatsächlich eingenommen werde. Falls die Ergänzungssteuer künftig weg falle, entstünden keine Verpflichtungen aus allgemeinen Mitteln den Fonds zu alimentieren. Die aktuelle Rechtslage ist im Bereich Ergänzungssteuer noch nicht gefestigt. Dennoch plädiert aber für eine Genehmigung des Reglements, damit die Grundlagen für künftige Unternehmensansiedlungen gesichert seien.

Flurin Leugger von der Gemeindekommission berichtet, dass die Gemeindekommission dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmt. Ziel sei es, einen Fonds für Standortförderung zu schaffen, um u.a. den Zuzug der Firma Straumann nach Arlesheim zu ermöglichen.

Er weist darauf hin, dass die finanzielle Lage der Gemeinde aktuell nicht besonders gut sei und eine solche Finanzspritze deshalb sehr willkommen wäre. Da die Gemeinde keine Ausgaben oder Risiken trage und nur über bereits eingegangene Mittel verfügen könne, handle es sich um einen klaren Win-Win-Deal.

Er erklärt, dass das Thema in der Gemeindekommission ausführlich diskutiert worden sei und der Leiter der kantonalen Standortförderung Thomas Kübler eingeladen wurde, um die Vorlage näher zu erläutern. Ein kritischer Punkt sei die Kompetenzregelung gewesen, da der Gemeinderat über die Ausgaben entscheiden soll. Beim Innovationszentrum für Medizinaltechnik werde jedoch eine fachlich besetzte Kommission über die Forschungsprojekte entscheiden, bestehend aus qualifizierten Personen wie Universitätsprofessoren.

Er empfiehlt im Namen der Kommission einstimmig die Annahme des Reglements. Bei Bedarf könne zusätzlich ein Antrag auf mehr Transparenz gestellt werden, um die Mittelverwendung besser nachvollziehen zu können. Aus seiner Sicht sei es entscheidend, dass das Reglement zustande komme, um den Zuzug z.B. von Straumann zu sichern und damit auch zukünftige Unternehmensansiedlungen zu ermöglichen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann erklärt, dass am Schluss über den Ergänzungsantrag abgestimmt wird. Der Gemeinderat habe den Antrag wohlwollend zur Kenntnis genommen, da er inhaltlich offene Türen einrenne. Transparenz und Auskunft über die Mittelverwendung seien ohnehin vorgesehen und würden in die Vereinbarungen aufgenommen. Der Gemeinderat wehrt sich nicht gegen den Antrag – er schade nicht und könne gerne im Reglement stehen, damit die Regelung für alle klar sei.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann präsentiert an dieser Stelle den Parolenspiegel der Parteien.

Partei	Parolen
FDP	Ja
Frischlufth	Ja
SP	Ja (unterstützt den Antrag der GeKo)
GLP	Ja
Die Mitte	Ja
SVP	Ja

Es werden Wortmeldungen verlangt.

Thomas Arnet betont, dass Arlesheim ein attraktiver Standort für Unternehmen sei, unter anderem dank der Investitionen im Gebiet Uptown. Er begrüsst, dass ein multinationales Unternehmen seinen Hauptsitz wieder im Kanton Basel-Landschaft und in Arlesheim ansiedelt. Er anerkennt die ausserordentliche Leistung des Gemeinderats und des Gemeindepräsidenten im Zusammenhang mit dem Zuzug.

Er hebt die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, insbesondere für die jüngere Generation, sowie den Aufbau des MedTech Innovation Hub in Allschwil positiv hervor. Es bestehe die Aussicht, dass weitere Start-ups oder medizintechnisch verwandte Unternehmen folgen könnten.

Er unterstützt den Antrag, dass die OECD-Ergänzungsteuer nicht in die ordentliche Rechnung fließt, sondern in einen Standortförderungsfonds. Gleichzeitig weist er auf mögliche Herausforderungen hin: zusätzlicher Druck auf den Wohnungsmarkt, mehr Verkehr und Auswirkungen auf die Natur. Die Entwicklung soll daher mit gesundem Menschenverstand begleitet werden.

Zum Reglement erklärt er, dass die Frischluft den Vorschlag der Gemeindekommission unterstützt, § 3 um einen neuen Absatz 4 zu ergänzen. Zusätzlich schlägt er einen weiteren Absatz vor: Der Gemeinderat und die Gemeindekommission sollen gemeinsam eine beratende Fachkommission einsetzen, die mehrheitlich aus Fachleuten aus Wirtschaft, Standortförderung und Umwelt besteht. Diese Kommission solle den Gemeinderat bei der Erstellung von Richtlinien zur Mittelverwendung aus dem Fonds beraten. Die Mitglieder würden je zur Hälfte vom Gemeinderat und der Gemeindekommission gewählt, die Kommission konstituiere sich selbst, und der Gemeinderat solle sich bei Entscheidungen auf ihre Empfehlungen stützen.

Er begründet den Antrag damit, dass der Fonds jährlich mit Einnahmen aus der Ergänzungssteuer gespeist werde, je nach Geschäftsgang zwischen 2 und 4 Millionen Franken, was sich über zehn Jahre auf bis zu 40 Millionen summieren könnte. Bei den ordentlichen Gemeindefinanzen sei die Zustimmung der Gemeindeversammlung erforderlich – bei diesen Beträgen sei das ebenso angebracht.

Er betont, dass man dem Gemeinderat vertraue, aber eine unterstützende Fachinstanz für notwendig halte. Da das aktuelle Reglement keine solche Kommission vorsehe, unterstütze die Frischluft das Reglement nur mit den beiden vorgeschlagenen Ergänzungen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann nimmt aus Sicht des Gemeinderats Stellung und empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Aus seiner Sicht bestehen mehrere Problematiken:

Erstens sei eine gemischte Kommission aus Exekutive und Legislative im Gemeindesystem nicht vorgesehen. Die geltenden Regelungen sehen beratende Kommissionen als Hilfsorgane des Gemeinderats vor, nicht paritätisch zusammengesetzte Gremien. Da der Antrag erst kurz zuvor eingereicht wurde, konnte nicht geprüft werden, ob die vorgeschlagene Struktur überhaupt zulässig ist.

Zweitens kritisiert er die unklare Formulierung im letzten Satz des Antrags: Es sei nicht eindeutig, ob der Gemeinderat an die Empfehlungen der Kommission gebunden wäre oder lediglich Rücksicht darauf nehmen solle.

Drittens weist er darauf hin, dass auf Ebene des geplanten MedTech-Innovationszentrums bereits ein Beirat vorgesehen sei, der zu Forschungstätigkeiten Empfehlungen abgibt. Ein zusätzliches Gremium auf Gemeindeebene würde aus seiner Sicht zu Überschneidungen führen.

Er warnt auch vor möglichen Abgrenzungsproblemen zur bestehenden Kommission für Standortfragen, die bereits für unternehmensbezogene Themen zuständig ist.

Aus Sicht des Gemeinderats überwiegen die Unklarheiten und potenziellen Konflikte – deshalb bittet er darum, den Antrag abzulehnen.

Thomas Arnet betont, dass die Gemeinde Arlesheim in gewissen Bereichen eigene Entscheidungen über die Verwendung der Gelder treffen könne. Daher halte er eine separate, beratende kommunale Fachkommission für sinnvoll. Der Antrag sei klar als „beratende“ Kommission formuliert – es gehe nicht darum, den Gemeinderat an deren Empfehlungen zu binden, sondern ihn fachlich zu unterstützen.

Zur Zusammensetzung des Gremiums erklärt er, dass vergleichbare Modelle bereits existieren, wo Mitglieder von verschiedenen Körperschaften ernannt werden. Er räumt aber ein, dass die Formulierung zur Wahl der Mitglieder eventuell angepasst werden müsste, sollte die aktuelle Lösung rechtlich nicht zulässig sein. In dem Fall könnte etwa die Gemeindekommission allein für die Bestimmung der Mitglieder zuständig sein.

Er erkennt an, dass dies zu einem gewissen Problem führen könne, signalisiert aber Gesprächsbereitschaft für eine praktikable Lösung.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann stellt klar, dass die Gemeindekommission ein Organ der Legislative ist und keine beratende Kommission des Gemeinderats. Aus seiner Sicht werden mit dem Antrag die Gewaltentrennung zwischen Legislative und Exekutive vermischt. Man könne durchaus der Meinung sein, dass der Gemeinderat nicht allein über die Fondsmittel entscheiden solle – aber wenn die Zuständigkeiten der staatlichen Ebenen vermischt würden, führe das zu Unsicherheit und sei aus seiner Sicht keine geschickte Lösung.

Thomas Arnet zeigt sich unsicher, ob der Antrag zurückgezogen oder zur Abstimmung gebracht werden soll.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann schlägt vor, dass er sich die Entscheidung noch überlegen kann – die Abstimmung findet am Schluss statt, und bis dahin kann der Antrag jederzeit noch zurückgezogen werden.

Balz Stückelberger stellt die Meinung der FDP vor. Die FDP unterstützt das Vorhaben von ganzem Herzen und mit voller Überzeugung. Er empfiehlt ein Ja zu diesem Reglement. Das Reglement ist sehr kurz und umfasst fünf Paragraphen, doch der Hintergrund und die daraus resultierenden Entwicklungen sind bedeutend. Um die fünf Paragraphen zu verstehen, muss man den Kontext kennen. Arlesheim ist die erste Gemeinde im Kanton Basel-Landschaft, die voraussichtlich von der Ergänzungssteuer gemäss der OECD-Mindeststeuer profitiert. Dafür wird der Fonds schnell benötigt, da der Zuzug der Firma Straumann auf dem Areal von uptown Basel geplant ist. Dies ist ein wichtiger Schritt in der Industrie- und Wirtschaftsgeschichte von Arlesheim. Teil des Plans ist, dass Arlesheim, und der Kanton Baselland die Rahmenbedingungen schaffen, damit das Unternehmen und weitere Firmen im MedTech-Bereich dort arbeiten können. Letzte Woche hat der Landrat fast einstimmig 36,5 Millionen Franken gesprochen. Nun sind Sie an der Reihe, als letzte Instanz beizutragen.

Die FDP möchte dies unbedingt ermöglichen. Er bedankt sich und gratuliert dem Gemeinderat, insbesondere dem Gemeindepräsidenten Markus Eigenmann, sowie dem Regierungsrat mit Standortförderer Thomas Kübler und den Firmen Straumann und uptown Basel. Diese Zusammenarbeit ist einzigartig und nicht selbstverständlich, darauf darf man stolz sein. Er betont, dass man die Chancen heute Abend nutzen sollte und hofft auf ein klares, vielleicht sogar einstimmiges Signal aus Arlesheim für die Standortförderung und den Standort Baselland. Er empfiehlt ein Ja zu diesem Reglement.

Der Antrag der Gemeindekommission sei zwar umstritten, aber nicht schädlich. Wenn der Gemeinderat ihn übernehmen will, sei das in Ordnung. Den Antrag der Frischluft findet er problematischer. Er weiss nicht, ob er noch aktuell ist, würde ihn aber entschieden ablehnen. Neue Gremien und Kommissionen führten meist nur zu mehr Bürokratie und Komplikationen, ohne erkennbaren Mehrwert. Es gebe bereits genug Gremien, und der Gemeinderat wolle die bestehenden anpassen. Weitere Mitspracherechte durch zusätzliche Kommissionen würden alles nur verkomplizieren.

Anett Sprenger sagt, die SP habe das Thema lange diskutiert und begrüsse, dass die Firma Straumann nach Arlesheim kommen will und dort Innovationen entstehen. Gleichzeitig schaut die SP das Reglement kritisch an, denn es erlaubt dem Gemeinderat, einen hohen Geldbetrag von bis zu 4 Millionen Franken ohne Budgetprozess und ohne Abstimmung zu bearbeiten, was problematisch sei. Sie versteht die Argumentation für Stabilität und findet den Antrag der Frischluft interessant, auch wenn er wohl abgelehnt wird. Wichtig sei, dass die Standortkommission breit aufgestellt ist und Themen wie Wirtschaft, Standortförderung und Umwelt berücksichtigt.

Sie betont, dass angesichts der Bedeutung des Projekts auch Umweltfragen eine Rolle spielen müssen und empfiehlt dem Gemeinderat, bei der Wahl der Standortkommission eine Fachperson aus dem Umweltbereich einzubeziehen. Das sei wichtig, damit Umwelt- und Sozialthemen von Anfang an mitgedacht werden.

Sie wird keinen eigenen Antrag stellen, möchte aber diese Empfehlung protokolliert wissen, da der Antrag der Frischluft vermutlich abgelehnt wird. Es sei wichtig, auf eine breite Zusammensetzung der Kommission zu achten, wenn der Budgetprozess nicht im üblichen Rahmen stattfindet.

Roger Pfister meint, der Gemeinderat habe ein Projekt für die Zukunft angeboten, das allen nutze. Die SVP bedankt sich für die Zusammenarbeit. Er weist darauf hin, dass mögliche EU-Verträge Steuerbegünstigungen gefährden könnten, was man bei einer späteren Abstimmung bedenken solle.

Thomas Arnet nimmt die Kritik ernst und hat den Gegenwind gespürt. Er möchte am Antrag festhalten, ihn aber so anpassen, dass nicht die Gemeindekommission, sondern nur der Gemeinderat über die Zusammensetzung des Fachgremiums entscheidet. Dabei könne es sich um das bestehende Fachgremium handeln, das lediglich als ausbaufähig verstanden wird. Er sagt, es sei wichtig, dass die beratende Kommission im Reglement erwähnt wird. Er schlägt vor, dies zusätzlich ins Reglement aufzunehmen, und bedankt sich für die wohlwollende Prüfung des Antrags.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Die Gemeindekommission und die Partei Frischluft stellen folgende Anträge:

Antrag Gemeindekommission

§ 3 Verwendung des Fondskapitals

¹ Der Gemeinderat legt auf dem Verordnungsweg Richtlinien für die Verwendung der Mittel aus dem Fonds gemäss Zweckbestimmung fest.

² Er beschliesst über die Verwendung der Mittel aus dem Fonds.

³ Er kann dazu mit Dritten Vereinbarungen mit einer maximalen Laufzeit von vier Jahren abschliessen.

⁴ (neu) Die Vereinbarungen müssen eine Verpflichtung der Dritten enthalten, den Gemeinderat detailliert über die Mittelverwendung zu informieren.

Mit 79 zu 9 Stimmen wird beschlossen:

://: Der Antrag der Gemeindekommission wird angenommen.

Antrag der Partei Frischluft (zusätzlicher Paragraf):

«Beratende kommunale Fachkommission

Der Gemeinderat ~~und die Gemeindekommission~~ setzt eine beratende Fachkommission ein, die mehrheitlich aus Fachleuten aus der Wirtschaft, Standortförderung und Umwelt zusammengesetzt ist. Diese Kommission berät den Gemeinderat bei der Erstellung der Richtlinien und über die Verwendung der Mittel aus dem Fonds. Der Gemeinderat ~~und die Gemeindekommission~~ wählt je die Hälfte der Mitglieder. Die Kommission konstituiert sich selbst. Der Gemeinderat stützt sich bei seinen Entscheiden auf die Empfehlungen der Kommission».

Mit 55 zu 30 Stimmen wird beschlossen:

://: Der Antrag der Partei Frischluft wird abgelehnt

Schlussabstimmung: Einstimmig wird beschlossen:

://:

Das Reglement über den Standortförderungsfonds wird mit der Ergänzung genehmigt und tritt nach der Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft am 1. Januar 2026 in Kraft

Traktandum 6:

Birseckstrasse 100 / Abgabe im Baurecht

Gemeindepräsident Markus Eigenmann erklärt, dass die Gemeinde das Wohnhaus seit 2019 im Finanzplan zur Abgabe im Baurecht vorgesehen hat. Laut Liegenschaftsstrategie sollen reine Wohnbauten ohne strategische Bedeutung an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben werden – wie bereits in der Vergangenheit geschehen.

Das betroffene Mehrfamilienhaus mit sechs Wohnungen liegt auf Arlesheimer Boden, ist das letzte reine Wohnhaus im Gemeindebesitz und nicht denkmalgeschützt. Die Gemeinde möchte das Land behalten, um künftige Entwicklungen am Ortseingang aktiv mitzugestalten. Das Baurecht soll bis 2059 vergeben werden, um es mit benachbarten Baurechten abzugleichen.

Der Baurechtszins wird auf rund 11'000 Franken jährlich geschätzt. Die Bewertung von Land und Gebäude liegt vor. Da der Verkehrswert über 500'000 Franken liegt, braucht es einen Beschluss der Gemeindeversammlung.

Der Antrag lautet, den Gemeinderat zu ermächtigen, die Parzelle im Baurecht an einen gemeinnützigen Wohnbauträger abzugeben. Die Wohnungen sollen weiterhin im günstigen Segment bleiben. Erste Anfragen sollen an benachbarte und ortsansässige Genossenschaften gehen.

Michael Honegger von der Gemeindekommission teilt mit, dass die Gemeindekommission das Vorhaben unterstützt, da es der Strategie entspricht, Finanzvermögen abzubauen und Land im Baurecht abzugeben.

Es wurde angeregt, die benachbarte Genossenschaft Wolfmatten anzufragen, ob sie das Projekt übernehmen könne. Kritisch wurde angemerkt, dass ein Verkauf oder Neubau günstigen Wohnraum gefährden könnte. Dennoch überwogen für die klare Mehrheit die Vorteile. Die Gemeindekommission empfiehlt mit 12 zu 1 Stimmen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann präsentiert an dieser Stelle den Parolenspiegel der Parteien.

Partei	Parolen
FDP	Ja
Frischlufft	Ja
SP	Ja
GLP	Ja
Die Mitte	Ja
SVP	Ja

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Mit grossem Mehr und einer Gegenstimme wird beschlossen:

://:

Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Parzelle Nr. 3535 einem gemeinnützigen Wohnbauträger im Baurecht abzugeben. Dabei sollen die in der Vorlage genannten Eckwerte zur Anwendung gelangen.

Traktandum 7:

Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement

Leiterin Gemeindeverwaltung Katrin Bartels erklärt, dass ein Gerichtsentscheid die bisherige Praxis der Protokollveröffentlichung mit Voten, die einzelnen Personen zugeordnet werden können, auf der Website für unzulässig erklärt hat. Die Gemeinde muss nun eine rechtliche Grundlage dafür schaffen.

Neu soll geregelt werden, dass Protokolle auf Basis von Tonaufnahmen oder handschriftlichen Notizen erstellt und mit Hilfe künstlicher Intelligenz transkribiert sowie zusammengefasst werden können. Das Protokoll soll klar erkennbar machen, wer welche Meinung geäussert hat.

Es kann weiterhin in Papierform eingesehen oder online publiziert werden. Neu dürfen Teilnehmende verlangen, dass ihre Voten anonymisiert werden. Der Gemeinderat muss zudem Dritte schützen und sensible Stellen im Protokoll anonymisieren.

Alle Daten zur Protokollerstellung werden gelöscht, sobald die Endversion vorliegt. Die Datenschutzaufsicht betont, dass Online-Inhalte weltweit zugänglich bleiben können – selbst nach Löschung. Es wird beantragt, dieser Teilrevision zuzustimmen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann ergänzt, vermutlich würden derzeit alle Gemeinden die Protokollpublikation nicht korrekt handhaben. Die Rückmeldung der Datenschutzaufsicht sei überraschend gewesen, doch nun sei man überzeugt, dass der neue Vorschlag korrekt umgesetzt ist.

Monika Kohler von der Gemeindekommission erklärt, dass das Traktandum in der Gemeindekommission wenig Diskussion ausgelöst habe. Die Neuerungen wie Digitalisierung und KI könnten Prozesse verbessern, aber auch Misstrauen und Fehlerquellen mit sich bringen. Daher legt sie dem Gemeinderat nahe, Protokolle sorgfältig zu prüfen – idealerweise mit sechs Augen. Die Gemeindekommission empfiehlt die Vorlage einstimmig zur Annahme.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann ergänzt, dass die Protokollführerin das Protokoll zuerst prüft. Danach erfolgt eine zweite Kontrolle durch die Leitung der Gemeindeverwaltung und schliesslich schaut er selbst nochmals darüber. So wird das Protokoll vor der Genehmigung von insgesamt sechs Augen geprüft.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann präsentiert an dieser Stelle den Parolenspiegel der Parteien.

Partei	Parolen
FDP	Ja
Frischlufte	Ja
SP	Ja
GLP	Ja (mit Änderungsantrag)
Die Mitte	Ja
SVP	Ja

Es werden Wortmeldungen verlangt.

Eileen Fischer (Vertretung GLP) bezieht sich auf die Ergänzung in Absatz 7, mit der das Anonymisierungsrecht explizit erwähnt werden soll. Obwohl es bereits in Reglementen und Abstimmungsunterlagen steht, soll der Zusatz sicherstellen, dass auch unerfahrene Teilnehmende von Anfang an klar über dieses Recht informiert sind. So werden gleiche Voraussetzungen für alle geschaffen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann teilt mit, dass der Gemeinderat die Idee gut findet, das Anonymisierungsrecht jeweils am Anfang zu erwähnen. Wenn es ins Reglement aufgenommen wird, werde man künftig daran denken. Der Gemeinderat unterstützt den Antrag und hat keine Einwände.

Paul Seger fragt, ab wann die Frist von drei Arbeitstagen für das Anonymisierungsbegehren genau beginnt. Es wird festgestellt, dass die Frist ab der Gemeindeversammlung läuft.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann betont, dass die Anonymisierung ein wichtiges Recht ist. Innerhalb dieser Frist kann man verlangen, dass das eigene Votum anonymisiert wird. Zwar kennt man das Protokoll zu diesem Zeitpunkt noch nicht, aber man kann angeben, dass man gesprochen hat.

Gianluigi Vasta liest, dass die Gemeinde einen Anbieter ausgewählt hat und die Daten den Server des Anbieters nicht verlassen. Sein Vertrauen hängt davon ab, wo der Server steht: am höchsten ist es bei einem Standort in Arlesheim, geringer in der Schweiz und noch geringer in Ungarn oder den USA. Er fragt, ob er erfahren darf, wer der Anbieter ist und wo seine Server stehen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann erklärt, dass man die Daten in der Schweiz habe. Die Firma heisst Recapp, aber das Reglement muss neutral formuliert sein. Recapp hat nicht den alleinigen Auftrag; es wird auch andere Anbieter geben. Wichtig ist, dass in den Verträgen mit solchen Anbietern die datenschutzrechtlichen Bestimmungen aufgenommen werden.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt.

Der Antrag der GLP wird mit einer Gegenstimme beschlossen:

§ 4b (ergänzt)

⁷ Die Versammlungsleitung informiert jeweils zu Beginn der Versammlung die Anwesenden über die Erstellung und die elektronische Transkription einer Tonaufnahme, **über die Möglichkeit der Anonymisierung** und über die Publikation des Protokolls auf der Website der Gemeinde.

://: Der Antrag der Grünliberalen wird angenommen.

In der Schlussabstimmung wird mit einer Gegenstimme beschlossen:

://:

Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements wird mit der Ergänzung genehmigt und tritt nach der Genehmigung durch die Finanz- und Kirchendirektion des Kantons Basel-Landschaft am 1. Oktober 2025 in Kraft

Traktandum 8:

Diverses

Gemeindepräsident Markus Eigenmann teilt mit, dass an der Gemeindeversammlung vom 28. November 2024 der Wunsch geäussert wurde, alle digital bereitgestellten Unterlagen künftig mit gängiger Software durchsuchen zu können. Dieses Anliegen ist nun umgesetzt: Alle Unterlagen zur Gemeindeversammlung 2024, die der heutigen GV und künftig auch das Protokoll sind durchsuchbar.

Alexander Passalidi berichtet, dass es in Arlesheim drei schöne Orte für gesellschaftliche Anlässe gibt: das Setzwerk, die Zirkuswiese und den Badhof. Er hat im Internet nach einem Reglement zur Nutzung des Badhof gesucht und über Google bei der Suche „Gemeinde Arlesheim-Badhof“ einen Treffer gefunden, der zu „Fox Wälle Architekten“ führt. Er fragt, ob die dort veröffentlichten Inhalte echt oder Fake seien, ob das Architektenbüro sie so veröffentlichen darf und ob die Gemeindeversammlung über diese Inhalte informiert ist. Die gezeigten Folien und Bilder seien bereits öffentlich präsentiert worden

Gemeindepräsident Markus Eigenmann sagt, dass die Dokumente vom Gemeinderat veröffentlicht wurden, was aus seiner Sicht zulässig ist. Sie entsprechen wohl nicht mehr dem aktuellen Planungsstand, wurden aber nicht im Verantwortungsbereich der Gemeinde publiziert.

Philippe Wälle erklärt, dass die Bilder aus einem Workshop-Verfahren stammen, das vor mehreren Jahren mit der Gemeinde und der Bauherrschaft Sonnenhof AG durchgeführt wurde. Alle dabei entstandenen Bilder und Arbeiten waren öffentlich ausgestellt und sind auf der Webseite der Gemeinde sowie an anderen Orten einsehbar.

Alexander Passalidi berichtet, dass ihn in den letzten Monaten vermehrt besorgte BürgerInnen und Bürger aufsuchen, die ihre Wohnungen verlassen müssen und bezahlbaren Wohnraum suchen, um in Arlesheim bleiben zu können. Gleichzeitig stünden viele Wohnungen und Häuser seit Jahren leer. Er fragt, wie die Eigentümer ermutigt werden können, diese Wohnungen wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, und welche Möglichkeiten die Gemeinde hat, darauf positiv einzuwirken. Er bedauert, dass langjährige, aktive Dorfbewohner das Dorf verlassen müssen.

Gemeinderat Felix Berchten erklärt, die Gemeinde habe eine Liegenschafts- und seit 2017 eine Wohnraumstrategie, die sie mit neun gemeinnützigen Wohnbauträgern umsetzt. Fortschritte dauern oft, da Genossenschaften selbst entscheiden und Zonenplanung sowie demokratische Prozesse einschränken. Geplant sind familienfreundlicher Wohnraum und zentrumsnahes Wohnen im Alter, etwa am Postplatz, um peripheren Wohnraum freizumachen. Er betont den Handlungsbedarf und hofft auf öffentliche Unterstützung, um Projekte schneller umzusetzen.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann greift den Aspekt der leerstehenden privaten Wohnungen auf, der bisher nicht vertieft behandelt wurde, und möchte diesen weiterverfolgen.

Alexander Passalidi dankt allen für ihr Engagement im Gemeinderat und in den Kommissionen sowie für die Teilnahme. Er freut sich über die offene und ehrliche Diskussion und nennt dies lebendige Demokratie.

Lukas Baader stimmt Alexander Passalidi zu, findet das gezeigte Bild nicht schön und hofft, dass alles so bleibt, wie es jetzt ist.

Gemeindepräsident Markus Eigenmann bedankt sich bei Lukas Baader für das Votum zur Badhof-Entwicklung. Er schliesst die Versammlung, dankt den Anwesenden und lädt zum Apéro im Foyer ein.

Schluss der Versammlung um 22.08 Uhr.

Namens der Gemeindeversammlung

Der Gemeindepräsident:

Die Protokollführerin:


